

Das Schafott

Tatsachen und *Meinungen* mit dem Schwerpunkt „Personenfreizügigkeit“

Der Europäische Wirtschaftsraum und die Schweiz

Das Schweizer Stimmvolk konnte am 6. Dezember 1992 seine Meinung zum Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum abgeben.

Aus dem Abstimmungsbüchlein des Bundesrats: ^[1]

-Das EWR-Abkommen ist nicht fremdes Recht. Es wird mit uns sorgfältig ausgehandelt, und Volk und Stände entscheiden, ob es unser Landesrecht wird. Bei der Weiterentwicklung des EWR kann die Schweiz bei neuen Rechtsvorschriften stets ihre Meinung äussern und muss ihre Zustimmung geben.

-Die Befürchtungen, dass der EWR eine Masseneinwanderung mit einem Ausverkauf der Heimat bringt, sind unbegründet. Die Freizügigkeit gilt nicht für Arbeitslose. Ausserdem bleiben die Grenzkontrollen bestehen. Die Schweiz kann zudem notfalls die Schutzklausel ^[2] anrufen.

-Es sind keine grösseren Zuwanderungen von Fremdarbeitern in unser Land zu befürchten. Gerade auch die hohen Wohnkosten der Schweiz halten Zuwanderer ab.

-Bundesrat und Parlament empfehlen den Stimmberechtigten, am 6. Dezember 1992 aus den dargelegten Gründen JA zum Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu stimmen.

Das Ergebnis ^[3]:

-Stimmbeteiligung 78.73%

-Ja (Volk) 1'762'872: 49.7%

-Nein (Volk) 1'786'708: 50.3%

-Ja (Stände) 6 2/2

-Nein (Stände) 14 4/2

-Die Vorlage wurde abgelehnt.

Meine Meinung: Die Vorlage wurde zum Entsetzen des Bundesrats, Parlaments und jenes Teil des Volkes, das die Schweiz in die EU (Nachfolgerin des EWR) eingliedern will, nicht angenommen.

Die Europäische Union ^[4] und die Schweiz

Seit 1999 schliessen die Schweiz und die EU eine Menge Verträge ab. Es sind angeblich über 100 Stück. Ich habe sie nicht gezählt und will hier nur auf die Bilateralen I eingehen, denn dieses Schafott, diese Guillotine ist dort aufgerichtet worden.

Die Guillotineklausele in Kürze

1. Der Stachel in unserem Fleische

Die Personenfreizügigkeit ^[5] war schon 1992, bei der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EWR, ein heisses Eisen. Die PFZ verlangt im Prinzip, dass jedermann aus einem EU- oder damals EWR-Land in die Schweiz kommen, sich niederlassen, Arbeit oder auch Rente bekommen kann, also ausser beim Stimm- und Wahlrecht einem Schweizer gleichgestellt ist. ^[6] Das macht in einem EU-Land Sinn, denn dort will man schliesslich einmal eine einzige Nation sein, in der es keine Grenzen mehr gibt.

Für ein Land, das der EU nicht angehört, gilt das aber nicht.

Der Bundesrat versuchte schon damals zu beschwichtigen, indem er uns weismachte, es kämen ohnehin nur wenige Menschen, und die, die kommen würden, würden unseren Bedarf an Fachkräften decken.

Das Volk lehnte trotz des Honigs, den man ihm um den Mund geschmiert hatte, die Vorlage ab.

2. Medizinischer Eingriff

Allerdings so knapp, dass sich die EU-Liebhaber sagten, das sei nur Zufall, und wenn man geschickt vorgehe, könne es ganz anders, also wie von ihnen gewünscht, ausgehen. Sie wollen, und das darf man nicht vergessen, die Schweiz in die EU einbringen. Sie dürfen das wollen, wie auch wir übrigen es nicht wollen dürfen. Unser Grund: Die direkte Demokratie Schweiz passt nicht in diese Union, die "Demokratie" nur vom Hörensagen kennt. ^[7]

(Man kann versuchen, die Argumente unserer EU-Liebhaber zu entdecken. Ich nehme an, es gibt nur eines, und das ist nicht mal ein richtiges: Sie halten sich für die Herren (Frauen eingeschlossen), die dem biedereren Volke vorgeben können, was zu tun ist und wie es zu leben hat.)

3. Vertragsschmiede

1999 wurden die sogenannten Bilateralen I, sieben Verträge zwischen den gleich berechtigten Partnern EU und Schweiz, aufgestellt. "Gleich berechtigt" ergibt sich zwanglos aus "bilateral".

Gelegentlich wird eingewandt, die EU mit ihren, was weiss ich, vielleicht 580 Millionen Einwohnern sei viel wichtiger als unser Land, das jetzt um die 8 Millionen beherbergt. Das Argument gefällt jenen EU-Liebhabern, die das Thema mit einer Waage entscheiden wollen und hoffen, es gebe bei uns genügend Einfältige, die darauf hereinfallen und sich beeindrucken lassen.

4. Kröten schlucken

Die Unterhändler wussten, dass diese PFZ eine Granate ist, die es geschickt zu ummanteln galt, damit die Schweizer sie nicht sähen. Sie erfanden die Guillotine-Klausel.

(Aus schlecht unterrichteter Quelle verlautete, auf der EU-Seite sei man vorerst einmal ratlos gewesen, so lange, bis die Schweizer Unterhändler sie auf diese Idee brachten. Ich weiss es nicht; aber ich würde mich nicht einmal wundern, wenn es so gewesen wäre.)

5. Nützliche Übereinkommen

Die sieben Verträge in den Bilateralen I umfassen Abkommen, die neben dieser bei uns ziemlich verhassten PFZ

- Technische Handelshemmnisse
 - Öffentliches Beschaffungswesen
 - Landwirtschaft
 - Landverkehr
 - Luftverkehr
 - Forschung
- betreffen.

Diese restlichen sechs Abkommen sind für beide Seiten nützlich und brauchbar. An jenem über den Landverkehr ist die EU besonders interessiert, denn es ermöglicht ihr, die Schweiz als Durchgangsland zu benutzen.

6. Ein Weihnachtsgeschenk mit bitterem Geschmack

Die Granate PFZ wurde hübsch eingepackt. Sie enthält zwar einen Paragraphen, der vorsieht, dass sie verhandelt werden kann. Um die Schweiz davor abzuschrecken, wurde verfügt:

- Wird auch nur eines der sieben Abkommen in den Bilateralen I angerührt, dann fliegt alles in die Luft.

Damit war vor allem und nur die PFZ gemeint, denn an den restlichen sechs wollen wir nicht gross herumfummeln.

7. PFZ dient nur oder vor allem der EU

Nun kann man einwenden, und es wird von den EU-Liebhabern auch gemacht, dieses Paket sei nur als Ganzes möglich. Das stimmt nicht. Weder zum Beispiel der Landverkehr noch der Luftverkehr setzt die PFZ voraus. Man kann sie entfernen, und am Reste ändert sich so gut wie nichts. ^[6]

Das Paket ist eine Zwangsverschnürung, eine Nötigung. Damit bezeichnet man "allgemein eine unzulässige Gewaltanwendung oder Drohung, die das Opfer zu einer Handlung zwingt, die dieses nicht wünscht". ^[8]

Das ist so, wie wenn ein Metzger mir nur dann eine mir schmeckende Servelat verkauft, wenn ich auch eine mir nicht schmeckende Blutwurst beziehe.

(Aus ebenfalls schlecht unterrichteter Quelle verlautet, in Brüssel habe man sich in Hinterzimmern und hinter vorgehaltener Hand über die dummen Kuhschweizer, die sich über das Ohr hauen liessen, lustig gemacht, sich dabei vor Vergnügen auf die Schenkel geklopft und es an Sekt nicht mangeln lassen.)

8. PFZ bringt unserem Lande eine Unmenge Probleme

Eine Aufzählung erübrigt sich. Sie liegt uns schon lange auf dem Magen und veranlasste uns, 2014 die Masseneinwanderungsinitiative anzunehmen, die dasselbe wollte wie jetzt die BGI:

Wortlaut MEI 2014: Art.1 Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

Wortlaut BGI 2020: Art.1 Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

Das eidgenössische Parlament und der Bundesrat haben es zustande gebracht, die MEI bis zur Unkenntlichkeit zu verwässern.

Fazit: Wenn die MEI umgesetzt worden wäre, brauchte es die BGI nicht.

9. EU kein angenehmer Partner

Hat die EU uns je gefragt, ob wir mit der PFZ zurechtkommen? Hat sie nicht, und es ist ihr auch egal. Sie will nicht unser Partner sein, sondern uns beherrschen.

10. Blutrunst

Den EU-Liebhabern in der Schweiz ist diese Guillotine im Herzen lieb, und sie werden nicht müde, das Blutgerüst vor unseren erschrockenen Augen immer wieder aufzurichten. "Wer uns nicht folgen will, wird seinen Kopf verlieren", ist ihr Motto.

Das ist allerdings nichts anderes als ein fauler Spruch, eine blosser Drohung, denn die Granate ist ein Blindgänger, schon deshalb, weil die EU das Landverkehrsabkommen nie aufgeben würde. Sie kann allerdings damit rechnen oder wenigstens darauf hoffen, dass die Schweiz bei neuen Verhandlungen wieder Leute schickt, die, statt moderne Verkehrsmittel zu benutzen, sich auf den Knien rutschend nach Brüssel begeben.

Quellen und Hinweise

[1] <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/volksabstimmungen/volksabstimmung-19921206.html>

[2]

[3] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/19921206/index.html>

[4] Gründung 1992, in Kraft 1993, Wahlspruch: „In Vielfalt geeint“

Mein Eindruck: Im Moment ziemlich uneinig.

- Grossbritannien ist ausgetreten.

- Die Visegrád-Gruppe lehnt die deutsche Migrationspolitik ab.

[5] Auch FAZ, Freizügigkeitsabkommen genannt

[6] PFZ: "Berechtigt Bürger/innen der Schweiz und der EU unter bestimmten Voraussetzungen, Arbeitsplatz und Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen."

Technische Handelshemmnisse: PFZ nicht nötig.

Öffentliches Beschaffungswesen: PFZ nicht nötig

Forschung: PFZ nicht nötig

Landwirtschaft: PFZ nicht nötig

Luftverkehr: PFZ nicht nötig

Landverkehr: PFZ nicht nötig

https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/folien/Folien-Abkommen_de.pdf

Fazit: Schweizerinnen und Schweizer bekommen im EU-Raume nicht problemlos und automatisch eine Arbeit und müssen, wie vorher auch, ein paar Hürden überwinden; aber es ist nicht von vornherein unmöglich. Es kann natürlich sein, dass gewisse Länder diese Hürden aus Trotz und künstlich erhöhen; kann sein, muss aber nicht.

[7] Die EU ist keine Demokratie. Die Regierung wird nicht gewählt. Das Parlament hat kaum Rechte. J.C. Juncker drlbrdt bezeichnete es als „lächerlich“.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/laecherlich-juncker-ruegt-fast-leeres-eu-parlament-15090799.html>

[8] (Wikipedia zu "Nötigung").